

Deutschland soll bei der Umsetzung der EU-Einwegplastik-Richtlinie nachbessern

Trotz guter Erfassungs- und Recyclingsysteme in Deutschland wird immer noch der Großteil des in Deutschland verbrauchten Einweg-Plastiks verbrannt. Folglich werden immer wieder neue Einweg-Plastik-Verpackungen produziert, pro Jahr circa acht Millionen Tonnen - unter immensem Einsatz von Öl und Gas. Diese Energie- und Rohstoffverschwendung heizt die Klima- und Biodiversitätskrise weiter an – **Mehrweg und unverpackt als Standard können Tausende Tonnen Öl und Gas sparen.**

Mit der Umsetzung der EU-Einwegplastik-Richtlinie hatte Deutschland die Möglichkeit eine ambitionierte Gesetzgebung zur Vermeidung von Einwegplastik auf den Weg zu bringen. **Leider wurden von Seiten der Bundesregierung die Anforderungen nur 1:1 umgesetzt – im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern.** Die Ankündigung von Bundesumweltministerin Steffi Lemke Händler und Supermärkte zu mehr Mehrweg im Getränkebereich zu verpflichten, ist gut, jedoch nicht ausreichend. **Es braucht verbindliche Mehrwegregelungen für alle anderen Verpackungen sowie absolute und verbindliche Einweg-Reduktionsziele.** Frankreich, Griechenland, Spanien, Schweden und Portugal reduzieren beispielsweise um bis zu 60 %. **Viele weitere Maßnahmen werden von anderen EU-Ländern umgesetzt um Verpackungsmengen zu reduzieren. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) erhebt die Forderung, dass Deutschland nachbessert. Die folgende Tabelle listet auf, welche Maßnahmen andere EU-Länder bereits umsetzen:**

<p>Nationale Einweg-Reduktionsziele</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Reduktion von Plastik-Verpackungen um 50 % bis 2026 (Spanien und Schweden) - Reduktion von Plastik-Verpackungen um 20 % (Frankreich und Slowenien) und komplettes Verbot von unnötigen Plastik-Verpackungen sowie Reduktion um 50 % von Plastikflaschen, die 2030 auf den Markt gebracht werden (Frankreich) - Reduktion um 60 % von Einweg-Plastik-To-Go-Behältern bis 2026 (Griechenland)
<p>Vorgaben und Verbote in bestimmten Sektoren oder Bereichen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Einwegplastik-Verbot für bestimmtes Obst und Gemüse (Luxemburg, Portugal, Frankreich, Spanien) - Verbot von Einweg-Verpackungen für Mahlzeiten im Gastgewerbe (Balearische Inseln) - Verbot von Einweg-Getränkeverpackungen jeglichen Materials in öffentlichen Gebäuden und bei Veranstaltungen (Estland, Belgien¹)

¹ In Belgien gilt dies auch für weitere nicht öffentliche Veranstaltungen wie Schulfeste oder Festivals, wenn die Veranstaltenden keine getrennte Sammlung und 95%ige Recyclingrate garantieren können.

	<ul style="list-style-type: none"> - Verbot von Wasser in Flaschen in öffentlichen Gebäuden und Veranstaltungen sowie Plastikflaschen bei Sportveranstaltungen (Frankreich) - Verpflichtendes Angebot von kostenlosem Trinkwasser in Restaurants und Bars (Frankreich) - Pflicht für Restaurants und Fastfood-Ketten zur Nutzung von Mehrweggeschirr, wenn Mahlzeiten und Getränke vor Ort verzehrt werden (Frankreich, Irland) - Verbot von Plastik-Verpackungen für Mahlzeiten in Schulkantinen und anderen Versorgungseinrichtungen (Frankreich) - Verbot jeglicher Einwegverpackungen im Jahr 2040 (Frankreich) - Verbot von Wasser in Flaschen in öffentlichen Gebäuden mit gleichzeitiger Förderung öffentlicher Trinkbrunnen sowie Ersatz durch Mehrweg-Flaschen (Kanarische Inseln)
Förderung von unverpackt und Mehrweg-Angeboten	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrwegpflicht im To-Go-Bereich (Luxemburg, Estland) - Mindestanteil von Mehrweg-Verpackungen, die auf den Markt gebracht werden – abhängig vom Umsatz des Unternehmens (Frankreich)
Ökonomische Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> - Verpackungssteuer (Spanien, Luxemburg, Irland, Lettland)
Hersteller-Verantwortung	<ul style="list-style-type: none"> - Hersteller-Verantwortung für alle Produktkategorien (Zypern) - Hersteller-Verantwortung für Spielzeuge, Sport-, Freizeit- und Gartenartikel, Baumaterialien sowie Kaugummi (Frankreich)

Diese Auswertung basiert auf einer [Analyse von Rethink Plastic Alliance und der der Break Free From Plastic-Bewegung](#), dem der BUND über das [zivilgesellschaftliche Bündnis Exit Plastik](#) angehört.

Bei Fragen kontaktieren: BUND-Kreislaufwirtschafts-Expertin Janine Korduan